

„Verkehrswende“: Neuer Schlag gegen die Freiheit?

Bedeutung des Themas

Reisen können bedeutet Freiheit. Es schafft Wohlbefinden und erleichtert das tägliche Dasein in Familie und Beruf. Das Auto ist das wichtigste Mittel der bequemen Fortbewegung.

Deutschland war schon im 19. Jahrhundert Pionier bei der Entwicklung der Fahrzeug- und Motorentechnologie und hat jetzt eine weltweit führende Stellung. Die Automobil- und Zuliefererindustrien sind der wichtigste Wirtschaftszweig im deutschsprachigen Raum.

Seit Jahren wird versucht, das Auto schlechtzureden und die „Autokonzerne“ zu diffamieren. Neue Gesetze sollen das Autofahren einschränken und die deutsche Industrie schwächen.

Derzeit läuft eine massive Kampagne gegen Dieselantrieb und Verbrennungsmotor. Zwecks „Verkehrswende“ soll der Bürger auf das Reisen ganz verzichten, Bus oder Bahn fahren – oder sich ein Elektroauto kaufen. Obwohl das bisher fast niemand wollte.

Ankerpunkte dieser Kampagnen sind die von der EU festgelegten Grenzwerte für CO₂, Feinstaub und NO₂. [1] [2] Sie dienen auch als Vorwand für neue Abgaben auf das Auto.



Tesla in Flammen, Feuerwehr unter Vollschutz: Unfall in Pians, Tirol, am 19. Okt. 2017.
Screenshot aus Video unter <https://www.express.co.uk/life-style/cars/868374/Tesla-Model-S-fire-car-crash-electric-car>

Unser Standpunkt

Aufgabe der Politik muß es sein, diejenigen Probleme zu lösen, die wirklich da sind. Sie darf weder Zeit noch Geld verschwenden, um Nichtprobleme zu bekämpfen.

Die CO₂-Gefahr ist frei erfunden und dient allein der Abzocke [3]. Feinstaub- und NO₂-Hysterie beruhen auf absurd niedrigen Grenzwerten. Es gibt keine reale Gefahrengrundlage.

Reale Umweltprobleme sind stets lokal. Der Feinstaub in Stuttgart ist in Stuttgart zu bewerten - und nicht in Brüssel. Und über seinen PKW-Antrieb entscheidet jeder Bürger selbst.

Unsere Forderungen

Alle unter dem Vorwand „Klimaschutz“ beschlossenen Gesetze sind aufzuheben. Das gilt auch für die erstmals 2009 festgesetzten „CO₂-Abgasnormen“ aus Brüssel.

Alle Umweltthemen sind von der EU auf die Mitgliedsstaaten zurückzuverlagern, und von dort auf die Kommunen. Begründete Empfehlungen sollten starre Grenzwerte ersetzen.

Bundes- und Landesregierungen müssen die Freiheit der Bürger und unsere Industrie schützen, auch gegen die EU. Auch für Grenzwerte gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Die inzwischen gigantische Geldverschwendung für „Elektromobilität“ ist zu stoppen. Die Umerziehung des Volkes durch einen gesteuerten Hype in den Medien ist zu beenden.

Hintergründe

Als Rechtfertigung für den Feldzug gegen das Auto werden drei „Mega-Ängste“ benutzt, die von der Politik selbst geschürt und schon den Kindern eingetrichtert werden:

- das „Versiegen der Rohstoffe“ (hier: Erdöl),
- „Gifte in Luft und Wasser“ (hier: Feinstaub und Stickoxide: NO_x),
- die „Klimakatastrophe“.

Erdöl soll knapp sein, weil es angeblich einst in beschränkten Mengen aus toten Lebewesen entstanden ist. Diese „biogene“ Theorie der Erdölentstehung wird aber von einer Reihe von Wissenschaftlern zurückgewiesen. Danach haben sich Öl und Gas „abiotisch“ gebildet: aus Mineralien in größerer Tiefe. In diesem Fall gäbe es viel mehr Erdöl als biogen möglich. [4]

Tatsächlich werden immer wieder neue Ölfelder entdeckt. Ein baldiges Versiegen ist nicht erkennbar. Preissprünge folgen politischen Krisen, aber nicht geologischer Verknappung. [4]

Die Grenzwerte für Feinstaub und NO₂ sind lächerlich niedrig und liegen um Größenordnungen unter jeder Gefährlichkeitsschwelle.

Einer der führenden Lungenfachärzte in Deutschland ist Prof. Dieter Köhler. Laut Köhler nimmt ein Mensch im Laufe seines Lebens nicht mehr Feinstaub auf als 10-15 Gramm. Ein mäßig starker Raucher inhaliere diese Menge – ohne alsbald zu sterben - in vielleicht nur zwei Wochen. Durch NO₂ würden die oberen Bronchien lediglich „leicht angesäuert“. [5]

Alle Geschichten zur „Klimakatastrophe“ beruhen auf einer gemeinsamen Basishypothese: dem angeblichen „Treibhauseffekt“. Der aber ist längst falsifiziert (d.h. widerlegt). [3]

Dennoch hat man mit den CO₂-Abgasnormen der EU-Kommission ein Instrument verschafft, um die deutsche Autoindustrie durch Strafzahlungen dauerhaft und ruinös abzukassieren. Verkaufen die Hersteller aber Elektroautos, können sie die verringern. Das ist der einzige Grund für deren plötzlichen Eifer und die ansonsten völlig unsinnigen Milliardeninvestitionen.

Elektro-Autos sind keine vollwertigen Autos, weil die ungenügende Energiedichte in Akkus nur kurze Fahrstrecken erlaubt und den Betrieb von Komfortoptionen (Heizung, Klimaanlage) bestraft. Sind die Akkus leer, fallen diese Fahrzeuge für Stunden oder Tage aus. Selbst Einrichtungen zum „schnellen Laden“ laden die Akkus nicht wirklich schnell. Eine flächen-deckende Ladeinfrastruktur existiert nicht, ihr Aufbau und Betrieb bleibt eine realitätsferne Illusion. Jede Flexibilität des Reisens geht verloren.

Vor allem sind E-Autos buchstäblich brandgefährlich: Das in den Akkus verwendete Lithium ist giftig, hochbrennbar und auch noch selbstenzündlich. Und nicht löschbar. Hinzu kommt die Gefahr eines tödlichen Stromschlags. Würden nicht doppelte Standards benutzt, müsste der Gesetzgeber wegen der Gefahren für Insassen und Unfallhelfer Elektroautos verbieten!

Quellen, Leseempfehlungen, Video

- 1) Verordnungen (EG) 443/2009 und (EU) 333/2014 des Europ. Parlaments und des Rates
- 2) Richtlinie 2008/50/EG des Europ. Parlaments und des Rates
- 3) FIF-Positionspapier „Klimawandel und Klimaschutz“, Köln 2017
- 4) Klaus Ermecke: Energiepolitik im Konzeptnebel – Ein Plädoyer für das Aufräumen in den Köpfen, KE Research, Oberhaching, 2014. www.ke-research.de/downloads/Konzeptnebel.pdf
- 5) www.swr.de/swr1/bw/programm/leute/koehler-prof/-/id=1895042/did=21231240/nid=1895042/1xhy5t6/index.html